

Die Stadtverordnetenversammlung - Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration

Punkt 7 der öffentlichen Sitzung am 14.09.2004

Vorlage Nr. 03-F-03-0062

Auswirkungen der Kürzungen des Landes Hessen auf Integrationsmaßnahmen in Wiesbaden

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 25.09.2003 -

Beschluss Nr. 0058

Frau Rudolph, Dezernat VII, berichtet zum aktuellen Sachstand:

- Die Anfrage an das Regierungspräsidium Darmstadt hat ergeben, dass alle Zusagen zur Vergabe von Fördermitteln entweder gleich geblieben sind oder sich sogar verbessert haben.
- Das Land hat drei neue Projekte/Träger in den Förderungskatalog aufgenommen.
- Im Bereich Integration und Sprachförderung kam es nicht zu Landeskürzungen.
- Im Bereich Migration gibt es große Einschnitte. Hier ist die AWO besonders betroffen.

Der Ausschuss nimmt die Zusage des Magistrats zur Kenntnis, wonach konkrete Zahlen schriftlich nachgereicht werden, sobald sie zur Verfügung stehen.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin mit der Bitte um Kenntnisnahme und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .09.2004

Müller

Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden,

.09.2004

Dem Magistrat mit der Bitte um Kenntnisnahme und weitere Veranlassung

Thiels

Stadtverordnetenvorsteherin

- Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration-

Seite 2 des Beschlusses Nr. 0058 vom 14.09.2004

Der Magistrat - 16 -Wiesbaden, .09.2004

Dezernat VII mit der Bitte um weitere Veranlassung Diehl

Oberbürgermeister